



Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Newsletter Februar 2019

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 4
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 11
Neu in der Bibliothek.....	S. 14
Am rechten Rand.....	S. 15
Bildnachweise und Impressum.....	S. 18

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

1996 hatte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum Jahrestag der Befreiung der Überlebenden aus dem Konzentrationslager Auschwitz zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Dass Erinnerung immer auch auf Gegenwart bezogen ist, wurde in den vielen Reden und Kommentaren deutlich. „Wir alle hoffen, dass Sie die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum, für die wahre Demokratie zu kämpfen“, gab der Historiker und Holocaust-Überlebender Saul Friedländer den Abgeordneten in der Gedenkstunde des deutschen Bundestages mit. „Dieser Tag lässt uns daran erinnern, was Rassenwahn, Hass und Menschenfeindlichkeit anrichten können“, betonte Bundeskanzlerin Merkel in ihrem wöchentlichen Video-Podcast.

Und Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern erinnerte in der Gedenkstunde des Bayerischen Landtags an das fundamentale Grundversprechen bei der Gründung der Bundesrepublik, dass sich der Absturz in die Barbarei nie wiederholen dürfe. Dass sie in diesem Zusammenhang auch eine Partei ansprach, die diese Werte verächtlich mache und die Verbrechen der NS-Zeit verharmlose, löste wüste Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen auf allen möglichen Kanälen im Internet aus.

Diese Menschen, die (oftmals anonym) im Internet hetzen, beteiligen sich an einem Angriff auf eine Repräsentation des Judentums in Deutsch-

land, dem der Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft mit ihren jeweiligen Mitteln begegnen müssen. Das darf uns jedoch nicht davon abhalten, aus dem Erinnern praktische Konsequenzen zu ziehen. Und ebenso über den gesellschaftlichen Wandel des Erinnerns zu diskutieren (und vielleicht auch produktiv und respektvoll zu streiten). Hierfür bietet das NS-Dokumentationszentrum zwei interessante Veranstaltungen Anfang März an.

Am 6. März 2019 lesen Hannes Loh und Benjamin Küsters, die Söhne Kurt Holls, aus der Biografie ihres Vaters, sprechen über seine verschiedenen erinnerungspolitischen Initiativen und zeigen dazu Bilder und Filmausschnitte. Das Datum ist trotz Aschermittwoch bewusst gewählt: Vor vierzig Jahren, am 6. März 1979, versteckten sich Kurt Holl und der Fotograf Gernot Huber im Keller des EL-DE-Hauses, um über Nacht Fotografien von den Zellen und den Inschriften anzufertigen und diese anschließend der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Und einen Tag später diskutiert der Journalist und Buchautor Mohamed Amjahid über Erinnern in der Migrationsgesellschaft und wie in das „Nie wieder!“ verschiedene Perspektiven eingebracht werden können, ohne den Holocaust zu relativieren?

Zwei unterschiedliche Veranstaltungen – beide jedoch hochspannend. Ich würde mich sehr freuen, Sie dabei begrüßen zu dürfen.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Öffentliche Führungen im Februar 2019



Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führungen mit Oliver Meißner zu folgenden Terminen:

Samstag, 2. Februar 2019, 14 Uhr
Donnerstag, 7. Februar 2019, 18.30 (KölnTag)
Freitag, 15. Februar 2019, 15 Uhr

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr: fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (Am Donnerstag, den 7.02.2018 ist KölnTag: Kein Eintritt für Menschen mit Wohnsitz in Köln)

„Überall Luthers Worte“ – Martin Luther im Nationalsozialismus Öffentliche Führung, Sonntag, 17. Februar 2019, 14 Uhr, EL-DE-Haus und

Wie standen die Nationalsozialisten zu Religion und Kirche – und im Besonderen zu Martin Luther? Wie verhielten sich Christen in Deutschland zum Reformator und seinem „Erbe“ in der NS-Zeit? Und wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in jenen zwölf Jahren?

Die Ausstellung geht diesen Fragen nach. In das Jahr 1933 fielen die Feierlichkeiten zu Luthers 450. Geburtstag, aber auch die Konflikte zwischen „Bekennender Kirche“ und „Deutschen Christen“. Bis 1938 nahmen die Bezüge auf

Luthers antijüdische Spätschriften deutlich zu. Und auch während des Zweiten Weltkriegs wurde Luther von verschiedenen Akteuren „vereinrahmt“.

Die Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist noch bis zum 24.02. zu sehen.

Mit Martin Vollberg

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro;
plus 2 Euro Führungsgebühr

Das jüdische Köln – Jüdischer Friedhof Bocklemünd Exkursion, Sonntag, 24. Februar 2018, 15 Uhr, Köln-Bocklemünd

Der Jüdische Friedhof zeigt uns die einstige Größe der Jüdischen Gemeinde Kölns anhand bekannter Namen und imposanter Grabstätten. Er gibt Einblick in die wechselhafte Geschichte und auch den Neuanfang der Kölner Gemeinde nach 1945.

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Männliche Teilnehmer benötigen eine Kopfbedeckung beim Friedhofsbesuch.

Treffpunkt: Eingang des Jüdischen Friedhofs Bocklemünd (Haltestelle Bocklemünd)

Führungsgebühr:
8 Euro

Anmeldung unter:
aaron_knappstein@gmx.de



Trauerhalle des jüdischen Friedhofs Bocklemünd, erbaut von Robert Stern
© Wolfram Högspiel

Kurt Holl. Ein unbequemer Kölner bis zum Schluss

Lesung, Mittwoch, 6. März 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus



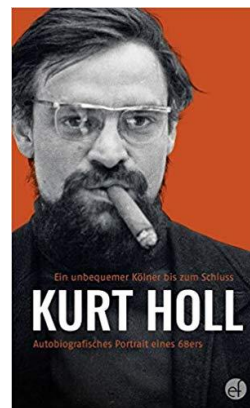
Vor vierzig Jahren, am 6. März 1979, versteckten sich Kurt Holl und der Fotograf Gernot Huber im Keller des EL-DE-Hauses, um über Nacht Fotografien von den Zellen und den Inschriften anzufertigen und diese anschließend der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dadurch fiel die Forderung, in dem ehemaligen Hausgefängnis der Gestapo eine Gedenkstätte einzurichten, auf fruchtbaren Boden.

Aber auch an vielen anderen erinnerungspolitischen Initiativen, wie den Stolpersteinen, hat Kurt Holl mitgewirkt.

In seiner Autobiographie beschreibt er seine politischen Aktionen von 1960 bis 2015 und

zeigt die vielen Facetten eines Lebens als Berufsrevolutionär auf. In der Präsentation von Hannes Loh und Benjamin Küsters, die das Buch nach dem unerwarteten Tod ihres Vaters ergänzten und zur Veröffentlichung brachten, liegen die Schwerpunkte auf der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Auf der Lesung werden viele Fotos aus dem Leben Kurt Holls und bisher unveröffentlichte Filmaufnahmen aus einem Interview, das Martin Rüter mit ihm für das NS-DOK führte, gezeigt.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro



Wessen Erinnerung? Erinnern und Gedenken in der Migrationsgesellschaft

Vortrag und Diskussion, Donnerstag, 7. März 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Die Verbrechen des Nationalsozialismus markieren einen einmaligen Zivilisationsbruch. Die gezielte, minutiös organisierte Ermordung der Juden und Jüdinnen Europas sowie der Sinti und Roma ist mit keinem Ereignis in der Menschheitsgeschichte vergleichbar. Das Ziel und die Verantwortung der Weltgemeinschaft, insbesondere der deutschen Gesellschaft, kann daher unmissverständlich formuliert werden: Nie wieder!

Wie aber können wir in dieses „Nie wieder!“ verschiedene Perspektiven einbringen – ohne den Holocaust, aber auch das Leid aus anderen Kontexten zu relativieren? Welche Vielfalt der Narrative prägt das Gedenken in Deutschland? Und warum ist es gefährlich, das Gedenken für deutsche Identitätspolitik und Rechtspopulismus zu instrumentalisieren?

Der Buchautor und Journalist Mohamed Amjahid diskutiert mit dem Publikum über die Vorstel-

lung eines angeblich „importierten Antisemitismus“, über „Erinnerungsüberlegenheit“ und wie Gedenken in pluralen Gesellschaften über Grenzen hinweg funktionieren kann.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro



Weitere Veranstaltungen

Einstellungen unserer Polizei: Fremdenfreundlich oder fremdenfeindlich **Vortrag, Montag, 4. Februar 2019, 18 Uhr, Rathaus Köln**

Die Kölner Wissenschaftsrunde lädt ein: *„Immer wieder werden Vorwürfe laut, die Polizei verhalte sich gegenüber Personen anderer Ethnien fremdenfeindlich. Doch was ist dran an diesen Vorwürfen? In den letzten Jahren hat sich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund erhöht. Entsprechend gewinnt die Förderung der interkulturellen Kompetenz sowie der Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit im Studium der Polizei an Bedeutung.*

Prof. Krott und Kriminaldirektorin Zeitner von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung stel-

*len Ergebnisse der Langzeitstudie UMFELDER vor, die Erkenntnisse zu fremdenfreundlichen bzw. fremdenfeindlichen Einstellungen von angehenden Polizist*innen liefert.“*

Ort: Rathaus, Spanischer Bau, Ratssaal, Rathausplatz, 50667 Köln

Eintritt: frei



Migrationsgeschichte in Deutschland

Museumsbesuch, Mittwoch, 6. Februar 2019, 15.30 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld



Das DRK lädt ein: *„Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMID) wurde 1990 von Migrantinnen und Migranten gegründet und sammelt Dokumente, die die Migrationsgeschichte in Deutschland*

seit 1945 darstellen. Es wurden inzwischen 150.000 sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche

Daten gesammelt, sodass sich dem Betrachter ein sehr ganzheitliches Bild offenbart. DOMID wird der Gruppe einen Einführungsvortrag sowie eine Führung anbieten (barrierefrei).“

Treffpunkt: Eingang des Bezirksrathauses Ehrenfeld, Venloer Straße 419, 50825 Köln

Eintritt: frei

Anmeldung bei Erika Sander per Mail: fluechtlingshilfe3@drk-koeln.de

„Out of sight – out of mind?“ Für eine Willkommenskultur an den Grenzen Europas **Vortrag, Mittwoch, 6. Februar 2019, 19 Uhr, Internationales Caritaszentrum**

Aktion Neue Nachbarn, das Katholische Bildungswerk Köln und die Initiative Samos Volunteers laden ein: *„Auf Samos leben ca. 5000 Geflüchtete in einem der sogenannten griechischen EU-Hotspots. Hier warten sie in Zelten zusammengepfercht mehrere Monate auf den Transfer zum Festland. Ihre Lage ist dramatisch, der UNHCR warnt vor einer humanitären Katastrophe. Die beiden Kölnerinnen Gabi Klein und*

Sabine Klasen berichten an diesem Abend von ihren Erfahrungen vor Ort.

Ort: Ort: Internationales Caritaszentrum, Zülpi-cher Str. 273b, 50937 Köln

Eintritt: frei

Spread the word against hate

Vortrag, Donnerstag, 7. Februar 2019, 19 Uhr, Museum Ludwig

Das Museum Ludwig lädt ein: „Die britische Künstlerin Lubaina Himid beschäftigt sich in ihrer Malerei mit Geschichte und Gegenwart des Rassismus in westlichen Gesellschaften. Mit ihren Übermalungen von Seiten der Zeitung The Guardian lenkt sie den Blick auf die stereotype Darstellung von People of Color. Grund für uns zu fragen: Wie sieht es eigentlich in der deutschen Medienlandschaft aus?

Die Neuen deutschen Medienmacher sind ein bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit unterschiedlichen kulturellen

und sprachlichen Kompetenzen und Wurzeln, die sich für mehr Vielfalt in den Medien einsetzen. An diesem Abend werden sie ausgehend von Lubaina Himids Werk einen Vortrag mit anschließendem Gespräch anbieten und über stereotype Darstellungen und Rassismus in der deutschen Medienlandschaft sprechen. Lässt sich diskriminierungsfrei berichten und wie könnte dies aussehen? Außerdem stehen die kunst:dialoge für Fragen aller Art in der Sammlung der Gegenwartskunst bereit.“

Eintritt: 7 Euro

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit der 50er und 60er Jahre

Vortrag, Donnerstag, 7. Februar 2019, 19.30 Uhr, Synagoge Roonstraße

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit bildeten sich bereits wenige Jahre nach Kriegsende. Die Kölnische Gesellschaft gründete sich jedoch erst 1958 und reklamierte für sich schon sehr früh eine Sonderrolle. Von Anfang an setzte sie sich mit der organisatorischen Struktur der Gesellschaft, ihrer Entwicklung sowie ihrer Stellung innerhalb des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit kritisch auseinander.

Bereits in den Anfangsjahren gehörten zahlreiche Veranstaltungen, Aussöhnungsfahrten sowie öffentlichkeits-wirksame Aktionen und Stellungnahmen zum Haupttätigkeitsfeld der Gesell-

schaft. Sie sensibilisierte für eine Auseinandersetzung und Aufarbeitung der NS-Verbrechen und scheute auch nicht die Debatte über den Umgang mit ehemaligen Tätern und Mitläufern, wodurch ihre Arbeit zunehmend eine politische Dimension erhielt. Gerade dieser Umstand bildete von Beginn der 60er Jahre den Kontext, in welchem sich die Kölnische Gesellschaft zunehmend personell und inhaltlich veränderte.

Der Referent Henning Tetz forscht zur Geschichte der Kölnischen Gesellschaft und schreibt zu diesem Thema seine Dissertation.“

Ort: Synagogen-Gemeinde Köln, Judaica, Roonstr. 50, 50674 Köln

Eintritt: 3 Euro

Einblicke in die koloniale Vergangenheit Kölns

Stadtrundgang für (B)PoC und PAD, Samstag, 9. Februar 2019, 14 Uhr, Köln-Nippes

Die Initiative „Black History Month Köln“ lädt ein: „Das Ende des deutschen Kolonialreichs liegt mehr als 100 Jahre zurück. Doch koloniale Strukturen und Denkmuster prägen auch heute noch unser Zusammenleben und es gibt in zahlreichen Städten Straßennamen, die in Zusammenhang mit der deutschen Kolonialvergangenheit stehen. Im kollektiven Geschichtsbewusstsein kommt dieses Kapitel der deutschen Geschichte aber nur schleichend an. Kaum einer weiß, wie sich Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland anti-kolonial organisierten oder

wie der kameruner Rechtsgelehrte Rudolph Manga Bell in seiner Heimat gegen die deutsche Kolonialherrschaft klagte.

Der Kolonialkritische Stadtrundgang gibt tiefere Einblicke in die koloniale Vergangenheit Kölns und Deutschlands. Ein Fokus liegt dabei auf der



*Geschichte von Kolonialmigrant*innen und wichtigen Widerstandskämpfer*innen. Dieser Rundgang ist exklusiv für (Black) People of Colour und People of African Descent und bietet damit einen Rahmen, in dem Menschen, die anders von den kolonialen Kontinuitäten betroffen sind (als die Weiße Mehrheitsgesellschaft), ihre Fragen in Ruhe stellen und diskutieren können.*

Außerdem wird auch empowerndes Wissen vermittelt, indem die Geschichten Schwarzer

Menschen in Deutschland, die auch wichtigen Widerstand gegen den Deutschen Kolonialismus geleistet haben, erzählt werden.“

Treffpunkt: Vor „Em Golde Kappes“, Neusser Str. 295, 50733 Köln

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung: bebero.lehmann@uni-koeln.de

Die Frauen von Block 10. Medizinische Versuche in Auschwitz

Vortrag, Sonntag, 10. Februar 2019, 16 Uhr, Synagoge Roonstraße



Die Synagogen-Gemeinde Köln lädt ein: „Block 10 war ein Kasernengebäude im Vernichtungslager Auschwitz, in dem 1943/44 von Nazi-Ärzten selektierte Frauen grausamen medizinischen Experimenten ausgesetzt wurden, um u.a. Methoden zur Massensterilisation zu erproben. Bekannt ist vor allem Josef Mengele, es schlossen sich aber viele andere Mediziner den Versuchen bedenkenlos an und behandelten die in Block 10 unter erbärmlichsten Bedingungen internierten Menschen als Materiallager für ihre Versuche. Die Frauen in Block 10 waren ausnahmslos Jüdinnen, die aus mehreren europäischen Ländern nach Auschwitz/Birkenau deportiert worden waren. Ihre Zahl wird auf 800 geschätzt, von denen 300 die Lagerhaft und die anschließenden Todesmärsche überlebten. Auch Kölner Bürgerinnen waren Opfer dieser nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie.

In seinem Vortrag wird Hans-Joachim Lang über seine langjährigen Forschungen zu diesem Thema berichten und Fotografien von diesem öffentlich nicht zugänglichen Gebäude zeigen.

Sein Akzent liegt darauf, die Verbrechen und Lebensbedingungen in Block 10 aus der Perspektive der betroffenen Frauen anhand von Augenzeugenberichten, Zeugenaussagen aus Gerichtsprozessen, Behördenakten und Gesprächsprotokollen darzustellen. Einige wenige der Überlebenden konnte er noch persönlich kennenlernen. Er will daran erinnern, wer diese Frauen waren, die Zeit ihres Lebens unter den psychischen und körperlichen Folgen leiden mussten, einige blieben kinderlos wegen vorgenommener Sterilisation.

Prof. Dr. Hans-Joachim Lang, lehrt am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Sein Buch ‚Die Frauen von Block 10‘ erschien letztes Jahr neu überarbeitet im Weltbild-Verlag.“

Ort: Synagogen-Gemeinde Köln, Gemeindesaal, Roonstraße 50, 50674 Köln

Eintritt: 5 Euro (inkl. Getränke)

Anmeldungen bis zum 7. Februar unter: event@sgk.de

Aus Sicherheitsgründen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Chemnitz und die Folgen

Vortrag, Dienstag, 12. Februar 2019, 19 Uhr, Aachen

Die VHS Aachen lädt ein: „Seit 2015 sind Demonstrationen, die sich gegen geflüchtete Menschen oder das sog. ‚Merkel-Regime‘ richten, rapide angestiegen. Egal ob bei Pegida oder anderen Netzwerken: Hooligans sind fast immer präsent, dabei ist ihre Zeit als gewaltsuchende Randalierer im Fußballumfeld längst vorbei. Der

Vortrag von Mark Haarfeldt beleuchtet besonders die Situation in Ostdeutschland.“

Eintritt: frei

Anmeldung und weitere Informationen unter: <https://www.vhs-aachen.de/>

Der neu-deutsche Antisemit. Gehören Juden heute zu Deutschland?

Vortrag, Mittwoch, 13. Februar 2019, 19 Uhr, Synagoge Roonstraße

Die Synagogen-Gemeinde Köln und die Deutsch-Israelischen Gesellschaft Köln/Bonn laden ein: „Der deutsch-israelische Autor Arye Sharuz Shalicar hat ein sehr persönliches Buch darüber geschrieben, wie er Antisemitismus erlebt hat und immer noch erlebt. Am 13. Februar liest er aus seinem 2018 erschienenen Buch „Der neu-deutsche Antisemit. Gehören Juden heute zu Deutschland?“. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Köln lädt Sie gemeinsam mit der Synagogen-Gemeinde Köln und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu Lesung und Podiumsdiskussion mit Shalicar ein.

70 Jahre und gerade mal drei Generationen sind seit der Shoah vergangen. Deutschland hat aus seiner Vergangenheit gelernt und stellt sich seiner Verantwortung für ein „Nie wieder“. Oder doch nicht? Arye Sharuz Shalicar ist nach vielen Gesprächen und Erfahrungen zu der Erkenntnis gelangt, dass Antisemitismus in Deutschland weiterhin tief verwurzelt ist – nicht selten unter dem Etikett der „Israel-Kritik“. Der Autor will nach eigenen Worten seinen Beitrag dazu leisten, die Beziehungen zwischen Deutschland, den Juden und dem jüdischen Staat „wieder auf die richtige Bahn zu bringen“.

Im Anschluss an die Lesung diskutiert Arye Sharuz Shalicar mit:

- Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Vorstand, Präsident

der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland und Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln

- Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ahmet Özdemir, Marketing Manager, Autor und Integrationsbeauftragter eines CDU-Stadtverbands – erhält seit der Veröffentlichung seines Kinderbuchs „Ali und Anton. Wir sind doch alle gleich“ Hasskommentare von Rechten.

Shalicar wird 1977 als Sohn persisch-jüdischer Eltern in Göttingen geboren und wächst in Berlin auf, wo er vielfach antisemitisch angegriffen wird. Nach Abitur und Wehrdienst entscheidet er sich, Deutschland zu verlassen und wandert 2001 nach Israel aus. Seit Anfang 2017 ist er Direktor für Auswärtige Angelegenheiten im Ministerium für Nachrichtendienste im Büro des israelischen Ministerpräsidenten. Er schreibt in seinem Blog zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen und ist regelmäßig Experte, Gastautor und Kommentator in den Medien.“

Ort: Synagogen-Gemeinde Köln, Judaica, Roonstraße 50, 50674 Köln

Anmeldungen bis zum 7. Februar unter: event@sgk.de

Aus Sicherheitsgründen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Handlungsfähig werden – Rechten Einstellungen in der Schule begegnen

Fachtagung, Donnerstag, 14. Februar 2019, 9.30 Uhr, Dortmund



NinA NRW, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW und die Landesstelle für Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement laden ein: „Rechtsextremismus und Rassismus machen auch vor Schultüren nicht Halt. In der Schule äußern sich rechte Tendenzen in

Haarenkreuzschmierereien, im Verschicken rechter Inhalte in Chatgruppen oder der rassistischen Diskriminierung auf dem Schulhof oder im Klassenzimmer.

Meist wird die Schulsozialarbeit oder Schulpsychologie für die Suche nach geeigneten pädagogischen Maßnahmen hinzugezogen. Dann stellt sich die Frage, wie im individuellen Fall reagiert werden kann. Der Fachtag ermöglicht es, sich auf unterschiedlichen Ebenen mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen sowie Handlungsmöglichkeiten im Kontext Schule zu erarbeiten. Dabei steht die Frage im Fokus, wie politisch Pädagog*innen im Kontext Schule sein können, dürfen oder sogar müssen.“

gogischen Maßnahmen hinzugezogen. Dann stellt sich die Frage, wie im individuellen Fall reagiert werden kann. Der Fachtag ermöglicht es, sich auf unterschiedlichen Ebenen mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen sowie Handlungsmöglichkeiten im Kontext Schule zu erarbeiten. Dabei steht die Frage im Fokus, wie politisch Pädagog*innen im Kontext Schule sein können, dürfen oder sogar müssen.“

Weitere Informationen und Programm:

<https://www.mobile-beratung-nrw.de/details/fachtagung-handlungsfahig-werden-rechten-einstellungen-in-der-schule-begegnen/>

Wie gelingt Verständigung? Impulse zur Interkulturellen Kommunikation Workshop, Samstag, 16. Februar 2019, 10 Uhr, Katholisches Bildungswerk

Das Katholische Bildungswerk lädt ein: „Ob wir etwas verbal ausdrücken oder nicht, ob wir das Gesagte mit Gesten und Mimik besonders unterstreichen oder darauf verzichten: Immer lösen wir bei unserem jeweiligen Gegenüber etwas aus - vielleicht nicht immer das, was wir erwarten!

In unserer vielfältigen Gesellschaft ist die Kommunikation zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zwar weitgehend zur Normalität geworden. Dennoch kommt es immer wieder zu Missverständnissen und Fehldeutungen. Die eigenen kulturellen Prägungen und Erfahrungen bestimmen unsere Begegnung mit anderen Menschen sowohl im privaten als auch im beruflichen Kontext.

Im Workshop reflektieren Sie die Bedeutung von Kultur, sensibilisieren sich für (interkulturelle) Unterschiede und üben Handlungsweisen für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt ein. Neben Theorieinputs bietet der Workshop auch die Möglichkeit zum praktischen Ausprobieren und zur Reflexion.“

Workshop mit Maristella Angioni, Caritasverband für die Stadt Köln e.V., Dipl.-Sozialpädagogin, Interkulturelle Trainerin

Ort: Katholisches Bildungswerk (Seminarräume), Tunisstr. 4 (Raum 2), 50667 Köln

Anmeldung unter:
anmeldung@bildungswerk-koeln.de

Millis Erwachen

Film, Samstag, 16. Februar 2019, 20 Uhr, Filmforum NRW

Die Initiative „Black History Month Köln“ lädt in Kooperation mit FilmInitiativ Köln ein: „Nadu (Jahrgang 1955, Maskenherstellerin), Naomi (Jahrgang 1965, Schauspielerin) oder Maciré (Jahrgang 1995, Studentin) sind drei von acht Protagonistinnen, die die Gemeinsamkeit haben als Schwarze Frauen* ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland zu haben und im Kunstkontext tätig zu sein. Ihre biographischen Erzählungen zeigen, inwieweit die Beschäftigung mit Kunst (in all ihren Ausprägungsformen) als ‚Heilmittel‘ dienen kann, gelebte emotionale Isolation und gesellschaftliche Unterdrückung zu lindern. Denn Schwarze Frauen* wurden seit jeher durch den weißen männlichen Blick erotisiert und exotisiert. In den als ‚Klassiker‘ geltenden Werken vieler Expressionisten wurden sie lediglich als ‚Objekte der Begierde‘ abgebildet. Der Maler Ernst Ludwig Kirchner (1880 – 1938) beispielsweise suchte zur Blütezeit des deutschen Kolonialismus weniger die Anatomie des Frauen*körpers zu erforschen. Vielmehr ging es ihm darum, über die vermeintliche ‚Naturgebundenheit‘ seiner Motive seine eigene Mannes*kraft zu spüren. 1911 malte er die ‚Schlafende Milli‘ nackt auf einer Couch liegend. Als Inspirationsquelle ließ er nur die eigene Potenz gelten.

Während zahlreiche Kunsthistoriker_innen neben der Ästhetik auch die Sexualefantasien von Kirchner in den Fokus ihrer Analysen nehmen, taucht der Film in die Gedanken- und Gefühls-



welt seiner ‚Muse‘ ein und lässt Milli sinnbildlich erwachen. In Interviews mit der Filmemacherin Natasha A. Kelly kommen Schwarze Kunstschaffende verschiedener Generationen zu Wort, die in und durch ihre künstlerische Arbeit die gängigen kolonialtradierten Stereotype überwunden und ihre eigene selbstbestimmte Identität als Schwarze Frauen innerhalb der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgeformt haben. Sie berichten von ihren Herausforderungen in und mit deutschen Kunstinstitutionen, von visueller Repräsentation und politischer und sozialer Ausgrenzung.“*

In Anwesenheit der Filmemacherin und Künstlerin Natasha A. Kelly

Ort: Filmforum NRW, Bischofsgartenstr. 1, Köln

Eintritt: 5 Euro

Deutschland postkolonial?

Lesung und Gespräch, Samstag, 16. Februar 2019, 19.30 Uhr, Allerweltshaus



Das Allerweltshaus lädt ein: „Wie gehen wir in Deutschland mit der kolonialen Vergangenheit um? Diese Frage wird mittlerweile sehr viel breiter diskutiert als noch vor wenigen Jahren. Dabei unterliegt der Umgang mit der Kolonialgeschichte, die allzu lange im Schatten der Aufarbeitung

des Nationalsozialismus und des Holocaust stand, hierzulande einem grundlegenden Wandel. Zwar zählt auch Deutschland faktisch zu den postkolonialen Gesellschaften Europas; doch ist diese Tatsache in das Bewusstsein einer Mehrheit der Menschen vorgedrungen und reagiert die Politik adäquat darauf? Beispiele liefern die aktuellen Debatten um den Völker-

mord an den Herero und Nama oder koloniale Beutekunst im geplanten Humboldt Forum in Berlin, die ein ums andere Mal den Fokus auf eine koloniale Vergangenheit richten, die nicht vergehen will.

Der Sammelband ‚DEUTSCHLAND POSTKOLONIAL?‘ zieht Bilanz und will gleichzeitig die notwendige Auseinandersetzung um eine Dekolonisierung globaler wie lokaler Machtverhältnisse anregen und eine Dekolonialisierung der immer noch dominierenden Wissens- und Deutungsmacht des ‚Westens‘ weiter voranbringen.

Buchvorstellung und Gespräch mit den Herausgeber*innen Marianne Bechhaus-Gerst, Afrikanistin an der Universität Köln, und Joachim Zeller, Historiker in Berlin.

Ort: Körnerstraße 77-79, 50823 Köln

Eintritt: Zahle, was es dir wert ist

Demokratischer Patriotismus oder völkische Parolen?

Vortrag, Dienstag, 19. Februar 2019, 18 Uhr, Aachen

Die VHS Aachen lädt ein: „Obwohl sie das studentische Leben der Gegenwart inzwischen weitaus weniger als früher prägen, berichten die Medien immer wieder kritisch über die Verbindungen deutscher Burschenschaften zum Rechtsextremismus.

Wie sind diese Berichte zu bewerten? Unser Vortrag will einen historisch informierten Blick auf das studentische Milieu der Füxe, Burschen und Alten Herren werfen. Welche männerbündischen Rituale sind hier wichtig? Wie demokratisch sind die Ursprünge der Burschenschaften? Wie waren die großen Kooperationsverbände vor der Machtübertragung an die Nazis organisiert? Wie war ihr Verhältnis zu Militarismus, Nationalismus und Antisemitismus? Welches Geschlechterbild wird hier bis heute propagiert,

welche Traditionen sind heute gerade für die Deutsche Burschenschaft (DB) prägend? Und welche unterschiedlichen Strömungen gibt es – regt sich in den Verbänden auch Widerstand gegen die Ideologie der extremen Rechten?

Der Historiker Dr. Dietrich Heither, Verfasser mehrerer Grundlagenwerke zum Thema, untersucht in seinem Vortrag die burschenschaftlichen Traditionslinien und politischen Aktivitäten bis zur jüngsten Gegenwart.“

Eintritt: frei

Ort: VHS Aachen/Forum, Peterstraße 21-25, 52062 Aachen

Anmeldung und weitere Informationen unter: <https://www.vhs-aachen.de>

Mauern in der Zeitgeschichte

Vortrag, Dienstag, 19. Februar 2019, 19.30 Uhr, DOMFORUM

Das Katholische Bildungswerk Köln lädt ein: „Wenn über Migration und Asylrecht öffentlich geredet wird, ist in erster Linie von deren Begrenzung die Rede. Solange jedoch Migration vornehmlich in Formulierungs-Zusammenhängen von ‚Problem‘ und ‚Versagen‘ erörtert

wird, erscheint sie als eine Gefahr unserer Kultur und Demokratie, gegen die wir uns durch starke Außengrenzen schützen müssen. Was aber leisten Grenzen, wenn man sie historisch betrachtet? Sie sind legitime und bewährte Mittel der Ordnungspolitik, also gut dafür geeignet,

die Geltungsbereiche von Steuergesetzen, Wehrpflichtbestimmungen und ähnlichen nationalstaatlichen Vorschriften zu regeln. Hochgradig ineffizient werden Grenzen nach aller Erfahrung aber als Medium der Bevölkerungskontrolle.“

Der Referent, Dr. Frank Wolff, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück.

Ort: Domforum, Domkloster 3, 50667 Köln

Eintritt: 3 Euro

Siegfried Lichtenstaedter – Prophet der Vernichtung

Buchvorstellung, Donnerstag, 21. Februar 2019, 19 Uhr, Zentralbibliothek Köln

Die GERMANIA JUDAICA. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e.V. lädt ein: „1923 hielt er für möglich, was 1933 begann: Dass die Juden in Deutschland ‚totgeschlagen und ihre Güter den ‚Ariern‘ gegeben‘ würden. 1926 beobachtete er, wie – ‚heimlich ersehnt und schmunzelnd erwähnt‘ – Vernichtungswünsche gegen die Juden zusehends populärer wurden. Scharf beobachtend und mit jüdischem Witz schrieb Siegfried Lichtenstaedter Satiren und Prognosen, die so verblüffend hellsichtig sind, dass Götz Aly sie aufgespürt und neu zusammengestellt hat.“

Der Historiker Götz Aly, Jahrgang 1947, wurde für seine Bücher mit dem Heinrich-Mann-Preis, dem Marion-Samuel-Preis, dem Ludwig-Börne-Preis und dem Estrongo-Nachama-Preis geehrt. Zuletzt veröffentlichte er bei S. Fischer 2013 ‚Die Belasteten. ›Euthanasie‹ 1939-1945. Eine

Gesellschaftsgeschichte‘ und 2017 ‚Europa gegen die Juden. 1880-1945‘. Götz Aly lebt in Berlin.

Siegfried Lichtenstaedter wurde 1865 im fränkischen Beiersdorf geboren. Er studierte Orientalistik, Indogermanistik, Völkerpsychologie und Jura. 1890 trat er in die bayerische Finanzverwaltung ein und stieg zum Oberregierungsrat auf. Sein letztes Buch veröffentlichte er 1941. Ein Jahr später wurde er von München nach Theresienstadt deportiert und dort ermordet.“

Ort: Zentralbibliothek, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

Eintritt: 5 Euro, erm. 3 Euro



NS-Morde an der Sieg

Ausstellung über die Geschichte der Medizinverbrechen

Die Stadt Hennef teilt mit: „In einem bemerkenswerten Projekt haben Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Hennef-Meiersheide sich den Verbrechen der Nationalsozialisten im Rhein-Sieg-Kreis gestellt und Einzelschicksale aufbereitet. Die Ausstellung „NS Medizinverbrechen – Opfer aus Eitorf und Hennef“ bezeugt

Einzelschicksale der Opfer des am 1. Januar 1934 in Kraft getretenen „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

Die Ausstellung ist bis zum 22. Februar 2019 im Hennefer Rathaus, Frankfurter Straße 97 zu sehen (Öffnungszeiten Mo-Mi 8-16 Uhr, Do 8-17:30 Uhr, Fr 8-12 Uhr).

Soultrip-Poetry

Event, Samstag, 23. Februar 2019, 20 Uhr, Studio 11

Die Initiative „Black History Month Köln“ teilt mit: „Kaleo Sansaa lädt zu einer besonderen Ausgabe des Soultrip-Poetry, einer Plattform für BPOC Künstler*innen ein: mit Poesie von Nana D'Artist, einem Interview mit Matos, über die Geschichte Schwarzer Widerstandskämpfer*innen und einer Lecture Performance von

Kaleo Sansaa, die Einblicke in die Memoiren ihres Großvaters, dem sambischen Widerstandskämpfer Abel James Mulenga, gibt. Der Abend wird in Deutsch und Englisch moderiert.“

Ort: Studio 11, Gravenreuthstr 11, Neuehrenfeld

Eintritt: 8 Euro

Was tun nach einem rassistischen Angriff?

Illustriert und in zehn Sprachen – Neue Broschüre der OBR erschienen



Die Opferberatung Rheinland teilt mit: „Die Themen Rassismus und rassistische Gewalt verlieren leider nicht an Aktualität. Der Zugang zu Informationen und Hilfen für Betroffene muss daher stetig verbessert werden und Barrieren müssen abgebaut werden.

Die von der Landeszentrale für politische Bildung NRW geförderte mehrsprachige Broschüre „Was tun nach einem rassistischen

Angriff?“ informiert in zehn Sprachen über wichtige Sofortmaßnahmen für den Fall rassistischer Gewalt

Eine klare Struktur, einfache Formulierungen und begleitende Illustrationen erhöhen die Verständlichkeit. So können Menschen, die auch in ihrer Muttersprache nicht über ausreichende Lesekompetenzen verfügen, die Inhalte besser erfassen. Die Handlungsempfehlungen werden

übersichtlich strukturiert auf einer Doppelseite pro Sprache behandelt. Eine Perforation macht es möglich, jede Sprache einzeln herauszutrennen und an andere Betroffene, Freund_innen oder Zeug_innen zu verteilen. So können (potenziell) Betroffene und Menschen in ihrem Umfeld als Multiplikator_innen agieren. Für die gesamte Broschüre und für jede Sprache einzeln sind zusätzlich QR Codes angelegt. Mithilfe dieser QR Codes können die Inhalte direkt auf ein Smartphone heruntergeladen werden.“

Weitere Informationen:

Kawthar El-Qasem, Tel: 02 11 / 15 92 55-62,
Mail: kawthar.el-qasem@opferberatung-rheinland.de

Die Broschüre kann als Gesamtpublikation (pdf) heruntergeladen werden oder einzeln in folgenden Sprachen: deutsch, englisch, französisch, arabisch, kurmanji, farsi, pashto, tigrinya, albanisch und romanes unter:
www.opferberatung-rheinland.de/

Rechts motivierte Gewalt wirksam bekämpfen NRW-Landtag will Arbeit gegen Rechts stärken

In seiner Sitzung vom 23. Januar 2019 hat der nordrhein-westfälische Landtag die Landesregierung mit einem Beschluss aufgefordert, die Arbeit des Landes gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter zu stärken. Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD eingebrachte Antrag - Drucksache 17/4797 (2. Neudruck) - wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD angenommen. Wir dokumentieren den Antrag im Folgenden im Wortlaut:

„In der diesjährigen Silvesternacht wurden insgesamt zehn Personen bei einem rassistisch motivierten Anschlag in Nordrhein-Westfalen verletzt. Der Täter fuhr mehrfach aus rassistischer Motivation mit seinem Fahrzeug Menschen an. Die jüngsten Opfer sind ein vierjähriger Junge und ein zehnjähriges Mädchen. Eine Frau musste notoperiert werden. Die Polizei teilte nach der Vernehmung des Täters mit, dass es seine klare Absicht war, Menschen mit Migrationshintergrund zu töten. Das politische Motiv der Tat war eindeutig Rassismus. Die Tat richtet sich damit gegen die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte und gegen unse-

ren demokratischen Rechtsstaat. Wir verurteilen dieses grausame Verbrechen und wünschen den Opfern schnelle und vollständige Genesung.

Die Tat wird vielfach mit anderen Fällen verglichen, bei denen der Täter Anzeichen für psychische Erkrankungen zeigte. Und tatsächlich wurden in den letzten Jahren mehrfach Anschläge von psychisch auffälligen Menschen verübt, die islamistische oder rechtsextreme Motive für ihre Taten nannten. Dazu gehören der schreckliche Anschlag auf die heutige Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Oktober 2015 in Köln, auf den Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein, im November 2017 oder der Anschlag mit einer Axt in einem Regionalzug in Würzburg vom Juli 2016. Die psychischen Auffälligkeiten der Täter können die jeweilige politische Motivation jedoch nicht vollständig überlagern. Denn der Entschluss zu der grausamen Tat wurde in einem bestimmten gesellschaftlichen Klima getroffen. Der Hass der Täter auf bestimmte Gruppen von Menschen wird durch die polarisierte Stimmung in der Gesellschaft verfestigt und weiter genährt, sodass sich die Täter oftmals als Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens sehen.

Die Tat in Bottrop, Essen und Oberhausen zeigt erneut, welche nicht nur abstrakte, sondern auch ganz konkrete Gefahr für Leib und Leben von Rassismus ausgeht. Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2017 stellt fest, dass trotz eines Rückgangs politisch rechts motivierter Straftaten von 4.700 im Jahr 2016 auf 3.764 im Jahr 2017 eine kontinuierliche Zunahme rechtsextrem motivierter Straftaten im 10-Jahres-Vergleich zu beobachten ist. Dabei sind insbesondere die Gewalttaten und darunter die Körperverletzungsdelikte angestiegen. So waren 172 der insgesamt 206 politisch rechts motivierten Gewalttaten im Jahr 2017 Körperverletzungsdelikte. Hinzukamen zwei Tötungsdelikte und vierzehn Brand-/Sprengstoffdelikte. Zudem wurden in der Phase nach dem Zuzug einer Vielzahl von Geflüchteten im Jahr 2015 äußerst viele flüchtlingsfeindliche Straftaten begangen, sodass der Rückgang immer noch einen Anstieg im Vergleich zum Jahr 2014 bedeutet. Die massive Gewalt gegen Geflüchtete und in der Flüchtlingshilfe engagierte Menschen in den Jahren 2015 und 2016 ging in etwa zu zwei Dritteln der Fälle auf Täterinnen und Täter zurück, die vorher weder der rechtsextremen Szene zugeordnet wurden noch polizeilich in Erscheinung getreten sind. Auch weiterhin gibt es eine hohe Gefahr politisch rechts motivierter Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Diese gezielte Gewalt gegen Menschen können und werden wir nicht dulden. Denn jede rassistische, antisemitische und menschenverachtende Gewalttat ist ein Angriff auf unsere vielfältige und demokratische Gesellschaft.

Nach den bisherigen Erkenntnissen ist der Anschlag im Ruhrgebiet als ein Akt des Rechtsterrorismus einzuordnen. Der Täter gab an, dass ein Deutscher den Anfang machen müsse. Offenbar wollte er Angst unter Menschen mit Migrationsgeschichte schüren. Damit reiht sich die Tat ein in eine Serie rassistischer Straftaten wie dem Anschlag von Solingen, den Brandanschlägen und Morden des rechtsterroristischen

NSU und anderen rechtsextremen Gewalttaten der vergangenen Jahre und Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtags zu den Verbrechen des rechtsterroristischen NSU hat sich intensiv mit der rechtsextremen Szene in Nordrhein-Westfalen beschäftigt und fraktionsübergreifend Handlungsempfehlungen zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus verabschiedet. Zu den Handlungsempfehlungen gehören unter anderem die Stärkung des Opferschutzes und die Intensivierung der Forschung zu unterschiedlichen Formen und Ideologien des Rechtsextremismus. Die furchtbare Tat im Ruhrgebiet sollte Anlass sein, die einstimmig beschlossenen Handlungsempfehlungen aus der vergangenen Legislaturperiode umzusetzen.

Beschluss

Der Landtag

- verurteilt den rassistischen Anschlag der Silvesternacht 2018/2019 und wünscht den Opfern eine schnelle und vollständige Genesung.

- spricht sich eindeutig und unmissverständlich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede weitere Form von Menschenfeindlichkeit aus.

- fordert die Landesregierung auf, die Arbeit des Landes gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter zu stärken.

- fordert die Landesregierung auf, das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterzuentwickeln und auszubauen sowie das kommunale Förderprogramm NRWeltoffen auf weitere Kommunen auszuweiten.

- fordert die Landesregierung auf, die Handlungsempfehlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses III zu den Verbrechen des NSU in Nordrhein-Westfalen der 16. Legislaturperiode des Landtags NRW (Drucksache 16/14400) vollumfänglich umzusetzen.“

Anlaufstelle für Zivilgesellschaft

Bündnis für Demokratie und Toleranz neu strukturiert

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) teilt mit: „Seit dem 1. Januar 2019 sind die Tätigkeiten des BfDT in drei neuen Arbeitsfeldern strukturiert: 1. Öffentliche Würdigung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteure für ihr Engagement. 2. Funktion als bundesweite Anlaufstelle – das BfDT ist Ansprechpartner für zivilgesellschaftliche Organisationen/Akteur/-innen und deren Fragen und Bedarfe. 3. Des Weiteren identifiziert das

BfDT überregionale relevante Themen und Anliegen der Zivilgesellschaft und nimmt diese Impulse auf. Um insbesondere unserem Ziel, bundesweite Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Akteur/-innen zu sein, gerecht zu werden, haben wir eine Online-Umfrage erstellt.“

Umfrage (Dauert ca. 15 Minuten) unter:

<https://www.soscisurvey.de/demo2019/>

„Es ist unsere Kultur“ Digitales Archiv der Sinti und Roma



RomArchive, das digitale Archiv der Sinti und Roma, macht Künste und Kulturen der Sinti und Roma sichtbar und veranschaulicht ihren Beitrag zur europäischen Kulturgeschichte. Durch von Roma und Sinti selbst erzählte Gegengeschichten schafft RomArchive eine im Internet international zugängliche, verlässliche Wissensquelle, die Stereotypen und Vorurteilen mit Fakten begegnet: „Die Idee für RomArchive basiert auf einer intensiven Recherche und zahlreichen Interviews, die die Projektinitiatorinnen Franziska Sauerbrey und Isabel Raabe europaweit mit Künstler_innen, Kurator_innen, Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen der Minderheit geführt haben. Ermöglicht wurde dies durch die Kulturstiftung des Bundes. In vielen Gesprächen mit Roma und Sinti wurde deutlich der Bedarf formuliert, einen international zugänglichen Ort zu schaffen, der die Kulturen und Geschichten von Roma und Sinti sichtbar macht, um auf diese Weise den beständigen Fremdbeschreibungen und Stereotypen mit einer von Sinti und Roma selbst erzählten Gegengeschichte zu begegnen.

Denn nicht Roma und Sinti bestimmen ihr Bild in der Öffentlichkeit, sondern in den Mehrheitsbevölkerungen herrschende Klischees, Zuschreibungen und Fremdbilder – seit jeher geprägt von einem Mischverhältnis aus Faszination und Verachtung. Positive Gegenbilder oder Aufklärung über Kulturen und tatsächliche gesellschaftliche Realitäten von Sinti und Roma gibt es kaum. Ausgrenzung und Missachtung offenbaren sich nicht zuletzt darin, dass die vielfältigen Kulturen von Sinti und Roma in europäischen Kulturinstitutionen weitgehend unberücksichtigt bleiben.

Das Prinzip des ‚Romani Leadership‘ wurde in der Projektentwicklung von RomArchive konsequent umgesetzt: In allen entscheidenden Positionen haben Roma und Sinti das Archiv gestaltet. Die am Projekt Beteiligten – mit den verschiedenen Arbeitsgruppen etwa 150 Akteure

aus 15 Ländern europaweit und darüber hinaus – bildeten ein weltweites Netzwerk von Kulturschaffenden, Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen, die hauptsächlich zur Minderheit zählen.

Die auf ständigen Zuwachs angelegten Sammlungen des Archivs spiegelt exemplarisch die enorme Bandbreite und Diversität von kulturellen Identitäten und nationalen Eigenheiten wider, anstatt ein realitätsfremdes Bild einer homogenen ‚Roma-Kultur‘ zu vermitteln. Der Reichtum einer jahrhundertealten und bis in die Gegenwart überaus lebendigen und vielseitigen künstlerischen und kulturellen Produktion wird hier erstmals in diesem Umfang öffentlich sichtbar.

Neben den auf dieser Website veröffentlichten Materialien verfügt RomArchive über ein ‚Internes Archiv‘, in dem sich weiteres Material befindet: weiterführende Dokumente und zusätzliches Bildmaterial sowie ‚verwaiste Werke‘, deren Rechte nicht geklärt werden konnten. Auch das Interne Archiv ist auf Wachstum angelegt und soll perspektivisch eine zentrale Quelle werden, die Material archiviert, katalogisiert und für Recherchezwecke verfügbar macht. Ein internationales Kuratorenteam war für die Konzeption und Inhalte der einzelnen Archivbereiche verantwortlich. Der Bereich ‚Voices of the victims‘ wurde kuratiert von Dr. Karola Fings, stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums.

Unter www.romarchive.eu/de/voices-of-the-victims/ können Sie die Stimmen derjenigen hören, die unter dem Nationalsozialismus als Roma, Sinti, Kalderasch, Lalleri, Lowara, Manusch oder als Angehörige einer anderen Romanes sprechenden Gruppe verfolgt wurden. Hunderttausende waren von 1933 bis 1945 im Deutschen Reich und in den von ihm besetzten oder mit ihm kollaborierenden Ländern einer rassistischen Stigmatisierung, Gewalt und Tötungsverbrechen ausgesetzt. Dazu zählen Sondergesetze, Kennzeichnungsvorschriften, Berufs- und Schulverbote, rassistische Erfassung, Eheverbote und Zwangsscheidungen, Zwangssterilisationen und Zwangsarbeit, Ghettoisierung, Konzentrationslagerhaft, medizinische Experimente, Deportationen, Massaker, Erschießungen und der Mord in mobilen Gaswagen oder in Gaskammern.“

<https://www.romarchive.eu/de/>

Neu in der Bibliothek

„Das gemeinsame Band“



Weit über 2000 Briefe und Postkarten, die aus dem Kontext dreier katholischer Jugendgruppen stammen und während des Zweiten Weltkrieges verfasst wurden, stehen im Zentrum der Studie. Die Korrespondenzen geben Aufschluss über Gruppendynamiken, über mögliche Nischen im totalitären System und über vielschichtige Möglichkeiten, auch aus der Ferne

weiterhin gemeinschaftlich zu agieren. Zugleich zeigen sie Akteure, die vor dem Hintergrund eines katholischen Weltbildes mit einem ausgeprägten Kampfeswillen in den Krieg zogen und den deutschen Sieg herbeisehnten.

Verena Kücking: „Das gemeinsame Band“. Schreiben als Praxis – Katholische Jugendgruppen im Zweiten Weltkrieg

Reihe: Veröffentlichungen des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Band 4
METROOL Verlag, Berlin 2018
373 Seiten, 24 Euro
ISBN 978-3-86331-398-2

Gemeinsam für ein weltoffenes Aachen

Die VHS Aachen/Projekt NRWeltoffen teilt mit: „Wie weltoffen ist Aachen? Dieser Frage ging das Programm NRWeltoffen an der Volkshochschule Aachen nach. In den letzten beiden Jahren wurde dabei ein lokales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus entwickelt. Eingeflossen sind vor allem die Erfahrungen und Expertisen verschiedener Akteurinnen und Akteure im beruflichen und ehrenamtlichen Bereich sowie die Meinungen der Aachenerinnen und Aachenern. Ergänzt wurde die Datenerhebung durch Recherchearbeiten des Fachjournalisten Michael Klarmann (Die Chronik alltagsrassistischer, rechter und antisemitischer Vorfälle in Aachen, 2013 bis 2017, ist über https://www.vhs-aachen.de/tpl/vhs2/1_2019/2018-10-11_Chronik_NRWeltoffen_Aachen.pdf abrufbar).

Zusammenfassend konnte festgestellt werden, dass in Aachen ein breites Problembewusstsein für rechts-extreme Strukturen und Vorfälle existiert und Handlungsmaßnahmen bereits erfolgreich und kontinuierlich durchgeführt werden. Die lokalen Präventions- und Reaktionsstrukturen gilt es auch künftig zu stärken und beizubehalten. Viel beunruhigender hingegen fällt die Analyse bezogen auf den lokalen Rassismus aus. Dieser ist zum einen für die Aachenerinnen und Aachener nicht eindeutig zu identifizieren und wird tagtäglich oft unwissentlich reproduziert. Ein Bewusstsein eines gesamtgesellschaftlichen Rassismus ist nicht vorhanden, so werden rassistische Einstellungen in erster Linie

als Randerscheinung von extremistischen Gruppierungen wahrgenommen. Es zeigt sich hingegen, dass vor allem der alltägliche Rassismus im öffentlichen Raum sowie der institutionelle Rassismus in Verwaltungsstrukturen sowie den Aachener Schulen flächendeckend existieren und zu Diskriminierungserfahrungen führen.



Problemlagen zeigen sich vor allem in Bezug auf die Fachkompetenzen im Umgang mit Rassismus. So fehlt es vor allem an Schulen an nötigen Fachexpertisen und Handlungssicherheiten. Ebenso existieren nur sehr vereinzelt Netzwerke, Arbeitsgemeinschaften oder Gremien, die sich der Antirassismuserbeit widmen. Eine klare Positionierung gegen Rassismus ist weder auf städtischer noch auf individueller Ebene eindeutig zu vermerken; so stellt die Thematisierung von Rassismus weitestgehend ein Tabu dar. Im Rahmen des Handlungskonzeptes werden schließlich neun Handlungsfelder ermittelt und Handlungsempfehlungen für die Praxis formuliert.“

Das gesamte Handlungskonzept kann in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums eingesehen werden oder steht zum Download zur Verfügung unter: https://www.vhs-aachen.de/tpl/vhs2/1_2019/2018-11-21_Handlungskonzept.pdf.

Am rechten Rand

Rechte Mischszenen auf der Straße

Was bleibt uns von 2018 in Erinnerung? Die extreme Rechte in NRW entfaltete im Jahr 2018 zahlreiche, vorwiegend straßenpolitische Aktivitäten. Dabei sind Neonazis, „Die Rechte“, lokale und regionale Netzwerke und Gruppierungen, die Kundgebungen, „Mahnwachen“, „Spaziergänge“ und Demonstrationen veranstalten. Die extreme Rechte in NRW entfaltete im Jahr 2018 zahlreiche vorwiegend straßenpolitische Aktivitäten. Neben der nach wie vor äußerst regen Neonaziszene, die ihren organisatorischen Schwerpunkt weiterhin in Dortmund und in der Partei „Die Rechte“ hat, machten besonders

lokale und regionale Netzwerke und Gruppierungen mit Kundgebungen, „Mahnwachen“, „Spaziergängen“ und Demonstrationen auf sich aufmerksam, deren Mitglieder bereits in den vergangenen Jahren im Kontext ähnlicher Aktionen etwa der „Hooligans gegen Salafisten“, PEGIDA NRW, der „Bürgerbewegung“ Pro NRW oder der „Identitären Bewegung“ in Erscheinung getreten waren.

Lesen Sie den Jahresrückblick zu Aktivitäten der extremen Rechten in NRW von Michael Sturm unter: www.mbr-koeln.de

„Vor Ort“-Texte aktualisiert

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln hat die Hintergrund-Texte in der Rubrik „Vor Ort“ für die Stadt Aachen sowie für die Kreise Städteregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg und Rhein-Erft aktualisiert. Die Informationen entsprechen dem Sachstand von Anfang Januar 2019.

Unter „Vor Ort“ wird über extrem rechte Gruppen und deren Aktivitäten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Köln berichtet. Außerdem finden Sie hier Kontaktmöglichkeiten zu ausgewählten zivilgesellschaftliche Bündnissen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Rubrik „Vor Ort“: www.mbr-koeln.de/vor-ort/

Hitlergruß in Kölner Straßenbahn

Wie der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete, kam es am 10. Januar zu einem Zwischenfall in Köln-Riehl in der Linie 18 der Kölner Verkehrsbetriebe. Demnach kam es zu einem Streit zwischen einer Frau (69) und einem Mann (20), in dessen Verlauf die Frau den Mann ohrfeigte und an-

schließend den verbotenen Hitlergruß zeigte. Die Staatsangehörigkeit des Opfers lässt ein rassistisches Tatmotiv vermuten. Die herbeigerufene Polizei nahm eine Anzeige wegen Körperverletzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf. (kl)

„Syndikat 52“ mit Flugblättern in Aachen

Die Unterorganisation „Syndikat 52“ der Partei Die Rechte verteilte nach eigenen Angaben erneut Flyer in Aachen: am 11. Januar in Aachen-Burtscheid zum Thema „Asylmiss-

brauch“ sowie einen Abend später im Frankfurter Viertel – dieses Mal zum Thema der verurteilten Holocaustleugnerin „Ursula Ha-verbeck“. (kl)

120 Dezibel in der Kölner Altstadt

Nach eigenen Angaben des identitären Twitter-accounts „NRWmaedels“ waren am 12. Januar erneut Aktivistinnen der Gruppe „120 Dezibel“ in der Kölner Altstadt unterwegs, um Flyer zu ver-

teilen. Die Kampagne der „Identitären Bewegung“ ist in den vergangenen Monaten vor allem in den Innenstädten von Köln und Bonn mehrfach öffentlich in Erscheinung getreten. (kl)

„Identitäre Bewegung“ in Bonn

In der Nacht vom 13. auf den 14. Januar wurde die Geschäftsstelle des Kreisverbands Bonn von Bündnis90/Die Grünen mit mehreren Plakaten beklebt, die „linke Gewalt“ thematisierten. Die Gruppe „Identitäre Bewegung Bonn“ bekannte sich zu der Aktion und stellte in den sozialen Netzwerken ein Foto ein. Darauf sind mehrere DIN-A4-Ausdrucke zu sehen, auf denen Sätze wie „Gewalt und Terror von links Ignoriert Geleugnet Verharmlost“ zu lesen ist. Außerdem wurden Steine und Holzlatten vor dem Ein-

gangsbereich abgelegt. Es handelte sich dabei nach Aussage der „Identitären Bewegung Deutschland“ um eine bundesweite Aktion „gegen die Verharmlosung von Linksextremismus und linker Gewalt“, bei der identitäre Gruppen in ganz Deutschland Gebäude von Redaktionen und Parteien mit entsprechenden Bildern und Parolen beklebten. Betroffen waren Büros von der Grünen, der Linken, der SPD sowie u.a. das ARD-Hauptstadtstudio oder das Gebäude der „tageszeitung“ (taz) in Berlin. (kl)

Erst rassistische Beleidigung, dann Schädelbruch

Die Polizei Köln teilte am 14. Januar 2019 mit, dass sich am Vortag eine folgenschwere Auseinandersetzung in Köln zugetragen hat. Demnach verließ ein 38-jähriger Mann einen Nachtclub in der Luxemburger Straße und beschimpfte Türsteher sowie weitere Menschen auf rassistische Weise. Als er mit einer Glasflasche be-

waffnet zu einem Schlag gegen einen Türsteher ansetzte, stieß dieser ihn zurück, woraufhin der 38-Jährige auf den Kopf stürzte, einen Schädelbasisbruch erlitt und mit lebensgefährlichen Verletzungen in einem Krankenhaus behandelt werden musste. (kl)

Ku-Klux-Klan im Oberbergischen Kreis

Am 16.1. gab es bundesweit Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern der Gruppierung „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“. Einsatzkräfte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg durchsuchten zwölf Objekte in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und sechs weiteren Bundesländern. Unter den Objekten war auch eine Wohnung in Lindlar (Oberbergischer Kreis)

Wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Erklärung mitteilten, richteten sich die Durchsuchungen gegen 17 Beschuldigte im Alter zwischen 17 und 59 Jahren. Diese stehen im Verdacht, eine kriminelle Vereinigung

mit dem Namen „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ gebildet zu haben. Insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart in dieser Sache gegen 40 Personen. Das LKA Baden-Württemberg gab bekannt, dass die Gruppe den Nationalsozialismus glorifiziere. Die Kommunikation fand hauptsächlich über soziale Medien statt. Neben Unterlagen und Speichermedien stellten die Einsatzkräfte über 100 Waffen sicher, darunter in großer Menge verbotene Waffen. Sichergestellt wurden mehrere Schreckschusswaffen mit Munition, Luftdruckwaffen, eine Vielzahl von Schwertern und Macheten, Faust- und Butterflymessern, Wurfsterne und Teleskopschlagstöcke, so das LKA. (kl)

Veranstaltung bei Bonner Burschenschaft abgesagt

Eine ursprünglich für den 16. Januar angesetzte Veranstaltung der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ wurde kurzfristig „aus terminlichen Gründen“ von der Burschenschaft selbst abgesagt. Geplant war ein Vortrag zum Thema „Patriotische Netzwerke und ihre Arbeit“ mit dem Referenten Philip Stein. Stein ist Sprecher der „Deutschen Burschenschaft“ sowie

Leiter des extrem rechten Kampagnenprojekts „Ein Prozent für unser Land“, das von der „Identitären Bewegung Deutschland“ sowie Teilen der sogenannten Neuen Rechten wie dem „Institut für Staatspolitik“ betrieben wird. Im Vorfeld hatten verschiedene Gruppen zum Protest gegen die Veranstaltung der Raczeks mit dem rechten Netzwerker Stein aufgerufen. (kl)

„Widerstand steigt auf“ und „Freie Medien“ in Bonn und Köln

Am 19. Januar gab es in der Bonner Innenstadt einen „Infotisch Freie Medien“. Dahinter steckt die „Vereinigung der Freien Medien“ – ein Verein, der sich aktuell in Gründung befindet. Dieser besteht aus mehreren Blogs und Portalen des islamfeindlichen und verschwörungstheoretischen Spektrums wie „Politically Incorrect“ (PI-News), „Okzident Media“, „Die Unbestechlichen“, „Journalistenwatch“, „Widerstand steigt auf“ und „Philosophia Perennis“. Organisiert werden diese „Infostände“ maßgeblich von zwei Personen von „Widerstand steigt auf“. Demnach unterstütze man die Vereinigung der Freien Medien „mit Ständen und Flyeraktionen, um die Informationslücken der Mainstreammedien zu schließen“.

Auch in Köln war „Widerstand steigt auf“ erneut vertreten. Am 23. Januar schloss man sich eigenen Angaben zufolge einer Gruppe an, die

vor dem Kölner Dom für „Demokratie und Freiheit“ in Venezuela demonstrierte. Angeblich hielt eine Person von „Widerstand steigt auf“ auch einen Redebeitrag zur Situation des deutschen Journalisten Billy Six, der sich seit Mitte November 2018 in Venezuela in Haft befindet. Six schreibt für die „Junge Freiheit“ und andere rechte Medien. Er soll in Venezuela unter anderem verbotenerweise Fotos von Militärparaden gemacht haben und steht nun vor einem Militärgericht.

Am 26. Januar fand ein weiterer „Infotisch“ von „Widerstand steigt auf“ auf dem Wallrafplatz in Köln statt. Erneut ging es um das Thema „Freie Medien“ und „Billy Six“. Zum ersten Mal hatten antifaschistische Gruppen zum Gegenprotest aufgerufen und klärten Menschen über die vertriebenen verschwörungstheoretischen Flugblätter auf. (kl)

Bildnachweise:

- S. 3: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), Wolfram Hagspiel (u.)
- S. 3: NS-DOK (o.), edition Fredbold (o.), Götz Schleser (u.)
- S. 4: zefo (o.), Raimond Spekking/WikiCommons (M.)
- S. 5: „Black History Month“
- S. 6: Weltbild Verlag
- S. 8: Natasha A. Kelly
- S. 9: Metropol Verlag
- S. 10: Andreas Labes/Fischer Verlag
- S. 11: OBR
- S. 13: Screenshot RomArchive
- S. 14: Metropol Verlag (o.), VHS Aachen (M.)

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.